

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Preis: Die monatliche Ausgabe 1,20 RM (inkl. im voraus), durch die Post 1,30 RM (ohne Zuschlag). Der Abnehmer erhält täglich, außer an Sonn- und Feiertagen, in jedem beliebigen Geschäft den Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.
Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-III, Schulzeisestraße 10
Postfach: Osterstraße 2, Dresden 17 III, Postfach: Dresden 18 III
Erscheinenszeiten: Montags 16-18 Uhr alle Sprechtage, Mittwochs 17-18 Uhr
Freitags 16-18 Uhr alle Sprechtage, Samstags 16-18 Uhr alle Sprechtage

6. Jahrgang

Dresden, Freitag den 21. November 1930

Nummer 271

Etat und Diktaturprogramm im Reichsrat mit SPD-Stimmen angenommen

Gämtliche Vorlagen Brünnings ebenfalls verabschiedet / Jungdeutsche Einheitsfront gegen die Arbeiterklasse / Weitere Beamtenentlassungen und Steuererhöhungen angekündigt / Rüstet zum Gegenstoß!

Berlin, 21. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Hungerprogramm Brünnings wurde gestern in erster und zweiter Lesung, soweit es den Reichshaushalt 1931 betrifft, im Reichsrat einstimmig angenommen. Sämtliche Finanzreformgesetze wurden ebenfalls verabschiedet. Sie wurden zum Teil einstimmig, zum anderen Teil gegen geringe Minderheiten angenommen. Die Verhandlungen Brünnings mit den SPD-Führern haben auch im Reichsrat insofern eine Rolle gespielt, als die Koalitionsregierungen, insbesondere Freuchen, für dieses Hungerprogramm Brünnings gestimmt haben. Eine besonders bemerkenswerte Rede hielt Außenminister Curtius, der darauf hinwies, daß wenn erst einmal „Ordnung im eigenen Haus“ geschaffen sei, auch internationale Schritte getan werden könnten, um den Youngplan zu realisieren. Das hänge jedoch davon ab, ob die bisher angenommenen Gesetze genügen, um den Reichshaushalt zu sanieren. Jedenfalls wird an der Youngpolitik, das geht aus der Rede Curtius' eindeutig hervor, festgehalten. Aus seinen Ausführungen klingt der Unterton heraus, daß wenn die bisher beschlossenen Maßnahmen auf Grund des Brünningschen Hungerprogramms nicht ausreichen, den Youngplan zu erfüllen, noch weitere Maßnahmen notwendig sind.

Der Berichterstatter der Reichsregierung, Dr. Brecht, hob hervor, daß auf Grund des jungdeutschen Diktaturprogramms die gesamten Ausgaben um 1314,4 Millionen vermindert werden. Doch er bei der Behandlung der einzelnen Kosten über die Wirkung des Programms hinwegzulaufen versuchte, ist bei der Ungeheuerlichkeit der Maßnahmen gegen die Werttätigen leicht verständlich. So glaubte er betonen zu müssen, daß die Renten für die Kriegsteilnehmer „ungefähr in gleicher Höhe“ bleiben. Faktisch soll aber ein großer Teil der Kriegsteilnehmer aus der Rentenversicherung herausgeworfen werden. Durch die 6 1/2 Prozent Beiträge für die Arbeitslosenversicherung sollen 216 Millionen aufgebracht werden, die für dieselbe Zahl Unterstützte wie im Jahr 1930 reichen sollen. Das große Loch dieser Rechnung in dem Brünningsprogramm kam aber bereits in diesem Referat zum Ausdruck. Die Länder forderten, daß den Gemeinden, die durch die fortgesetzte zunehmende Befahrung der Unterhaltung der Ausgesteuerten in immer größerer Schwierigkeit kommen, ein entsprechender Teil aus den Reichsmitteln zufließen werde. Das wird jedoch bei dem jetzigen Kurs nicht möglich sein und muß daher in der nächsten Zeit außerordentlich verschärft werden.

Auch die Schätzung über das Aufkommen der Zölle und Steuern mit 9794,6 Millionen wurde als zu hoch angesehen, was ledigliche Wirtschaftslage andeute. Jedem Einsichtigen ist klar, daß die Wirtschaftslage des kapitalistischen Deutschlands außerordentlich verschlechtert wird. Die Reichsregierung droht deshalb schon eine Erhöhung der Umsatzsteuer an. Zudem soll eine weitere Verarmung der Bevölkerung des Reiches erfolgen. Sehr vorläufig, aber genügt wurde vom dem Berichterstatter ein großer Abbau des Apparatapparates angekündigt, der in Kürze vorgenommen wird. Wenn Brecht dabei auf eine „honorable

Behandlung“ der Beamten und Angestellten hinwies, so ist der „Wert“ solcher Phrasen zur Genüge bekannt.

Das Finanzprogramm des Brünnings ist ein Generaloffensivplan gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten

und die werttätigen Steuerzahler. Sämtliche bürgerliche Parteien, von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten, tun ihr mögliches, um diesen Brünningskurs zu realisieren. Der Oppositionslärm der Nazis und der SPD darf über die wirkliche Rolle dieser Partei nicht hinwegtäuschen.

In den Betrieben und Büros, an den Stempelstellen und in öffentlichen Einnahmeverbänden, in den Versammlungen der proletarischen Massenorganisationen, von den Tribünen der Gemeindeparlamente, überall gilt es jetzt die Massen zu mobilisieren und zum Kampf aufzurufen gegen das ungeheuerliche Hungerprogramm. Mit der allergrößten Energie müssen jetzt die Kommunisten, die Anhänger der KPD und die Führer in den proletarischen Massenorganisationen an die Mobilisierung und Organisation der einheitlichen Kampffront gehen. Mit Entschlossenheit und Kühnheit gilt es jetzt, die revolutionären Kampfformationen zu stärken, um die Voraussetzung zu schaffen, den jungdeutschen Kurs zu durchbrechen, um die Millionenmassen zu formieren zum Kampf gegen ein Sowjetdeutschland.

Bourgeoisie rüstet zum Generalangriff

Revolution in der Volkspartei — Blüher legt sein Landtagsmandat nieder / Stärkeres Einsetzen der Faschisten gegen Werttätige zur Rettung der Ausbeuter

Dresden, den 21. November

Gestern legte der volksparteiliche Abgeordnete, der Dresdener Oberbürgermeister Dr. Blüher, sein Landtagsmandat nieder infolge der in der Volkspartei aufgetretenen Differenzen. Die Mehrheit des Landesparlamentes unter Führung von Dieckmann kämpfte gegen Blüher in direkter Unterstützung der SPD bei der Wahl zum Landtagspräsidenten. Die jetzige Parteiführung in Sachsen will direkt mit den Nationalsozialisten zusammenarbeiten und den Kurs gegen die Werttätigen verschärfen.

Blüher steht nicht im prinzipiellen Gegensatz zu der Politik der DVP. Er hält nur die Zeit noch nicht reif, die SPD jetzt schon völlig in die Ecke zu stellen. Die Gesamtpartei ist anderer Auffassung und forderte Blüher auf, sein Mandat zur Verfügung zu stellen, um Dieckmann Platz zu machen.

Der Kampf in der deutschen Volkspartei um die Durchführung eines verschärften Drucks gegen die Massen kommt zum Ausdruck in der Mandatsniederlegung von Dr. Blüher, und in dem Wechsel der Führung in der Reichspartei. Dr. Scholz, der bisherige Führer der DVP, hat die Volkspartei, Dr. Scholz, hat den Parteivorstand niedergelassen. An seine Stelle trat der Abgeordnete Dingeldey. In der Rede des Reichsaussenministers Dr. Curtius vor dem Reichstag kommt die politische Bedeutung dieses Personalwechsels ganz klar zum Ausdruck. Er betonte: „Wir werden den neuen Plan nicht zerteilen, den Vertragsboden nicht verlassen. Aber die Voraussetzung für die Erfüllung ist die Frage, ob wir mit den Maßnahmen, die Ordnung in unser Haus schaffen wollen, auskommen.“

Die deutsche Bourgeoisie ist sich also klar darüber, daß der Druck gegen die werttätigen Massen verschärft werden muß. Sie fordert, daß die SPD bedingungslos alle Maßnahmen unterstützt, und sie will den nationalsozialistischen Terror schärfst gegen das Proletariat einleiten. Der Rücktritt Blüher in Verbindung mit der Wahl Bedels zum Landtagspräsidenten erfolgte, wird allem Anschein nach noch weiter gehen nach sich ziehen. Die sächsische Landtagsfraktion sagt in einer Entschlieung, daß der Landesparlament kein Verständnis für die Gründe“ der Stimmhaltung gezeigt habe. Dann wurde ausdrücklich betont, daß es lediglich eine taktische Frage die Fraktion als ganzes aber gewillt ist, einen schärferen Kurs „gegen“ die SPD zu führen. Außerdem hat die Fraktion monoton ein Dankschreiben an Blüher gerichtet, welches jedenfalls Anlaß zu weiteren Auseinandersetzungen sein wird. Die Nazis triumphierten. Sie tun gerade, als ob sie die Intention dieser Aktion seien. In Wirklichkeit hat das Geschrei der Faschisten keinerlei Einfluß auf die Politik der DVP. Vielmehr sind die Nazis nur Knechte der Bourgeoisie, dringend benötigt werden. Die herrschende Klasse überläßt wegen dieser Wichtigkeit gar zu gern, sich ein hübsches Spielzeug und billige Vorboten zu ernten. Die Arbeiter und die Nationalsozialisten nur deshalb „zur Verantwortung“ herangezogen werden, weil sie gegen die Herrschaftsansprüche sind und nur für Rebellion eintreten, d. h. sie offen in die jungdeutsche Front eingeschwenkt.

Das Proletariat ist sich bewußt, daß jetzt ein scharfer Kampf leitens der Faschisten einleiten wird, aber die Arbeiterklasse wird unter der Führung ihrer bolschewistischen Partei der Bourgeoisie und ihren Knechten zu begegnen wissen.

Auch in Thüringen

Reimar, 21. Nov. (Eig. Drahtbericht)

In der getriggen Sitzung des Thüringer Landtags wurde ein Vertrauensantrag der Nazis für die gesamte Regierung

Das zweite Geheimrunds schreiben

Dr. Unschlag auf die Angestellten

Die Metallindustriellen Sachsens diktieren Gehaltsabbau / Angestellte, Alarm! / Kämpft mit der KPD gegen Lohn- und Gehaltsräuber

Die Veröffentlichung des Geheimrundschriftens des Verbandes der Metallindustriellen in Leipzig, in dem die Unternehmer aufgefordert werden, Material zusammenzutragen, um eine „Begründung“ des Lohnraubs zu haben, hat bei den Industriellen und bei den Reformierten Befürzung hervorgerufen. Die Herren sehen sich schon angelegten Plan bedroht. Wir sind heute in der Lage ein zweites Geheimdokument der Leipziger Metallindustriellen, das den Gehaltsraub an den Angestellten behandelt, Ihren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Unter dem 10. November verbandte der Metallindustriellenverband Leipzig an die Mitglieder des Vorstandes und der Lohnkommission ein als Nr. 10 betitelt zu behandelndes Rundschreiben, in dem es a. heißt:

„Unser Verband hinsichtlich der Angestelltengehälter bekanntlich arifilos. Daraus ergibt sich für unsere Mitglieder die Handlungsfreiheit für die Regelung der Angestelltengehälter. Die Firmen mühten, wenn sie die Herzlichkeit der Gehälter durchsetzen wollen, jedem Angestellten unter Einhaltung der für ihn maßgebenden Kündigungsfrist das Dienstverhältnis aufzukündigen und sich bereit erklären, daß nach Ablauf der Kündigungsfrist ihn zu einem neuen, niedrigeren Gehalt weiter beschäftigen würden.“

Die Vorstands- und Lohnkommissionsmitglieder der Leipziger Metallindustriellen sollen sich nun erklären, ob die Kündigungen und der Gehaltsraub sofort durchgeführt werden sollen. Interessant ist in dem Schreiben noch, daß ganz offen zugegeben wird, daß man in Sachsen die Lohnverhandlungen hinausgezögert hat, bis der Lohnraub in Berlin perfekt war. Lohn- und Gehaltsraub auf der ganzen Linie ist die Forderung der Unternehmer. Doch die Reformisten von allen Maßnahmen der Unternehmer nicht nur Kenntnis hatten, sondern sie billigten, geht aus dem Schreiben des VVB und des ZV hervor, dem die Veröffentlichung der Schreiben der Metallindustriellen äußerst unangenehm ist. Für die Arbeiter und Angestellten aber gibt es jetzt nur eins, die Einheitsfront zum Kampf gegen Lohn- und Gehaltsraub zu schließen. In den Betriebsgruppen der KPD müssen die Angestellten und Arbeiter zusammengeschlossen werden, und von dort aus müssen sie die Front des Angriffs organisieren. Gegen den Anschlag der Metallindustriellen auf die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten gibt es nur eins: Aufnahme des Streiks in allen Metallbetrieben. Jedes Zögern ist nur zum Vorteil der Lohn- und Gehaltsräuber. Bildet darum in allen Metallbetrieben Kampfleitungen, die den Streik organisieren und leiten unter der Führung der KPD.